

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für
die 154. und 156. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, den 19. April 1961,
und Freitag, den 21. April 1961

I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

Abgeordneter
Dr. Bucher Wie will die Bundesregierung verhindern,
daß die besondere — von der Bundesregierung
offenbar bisher für richtig gehaltene —
Vergabep Praxis von Haushaltsmitteln aus
Kap. 04 03 Tit. 300 nicht mehr zu Unter-
schlagungen, wie sie im Falle des Regierungs-
amtmanns Otto Homann festgestellt worden
sind, ausgenützt werden kann?

II. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

II. 1. Abgeordneter
Schneider
(Bremerhaven) Aus welchen Gründen hat die Bundesregie-
rung darauf verzichtet, die gebotene Mög-
lichkeit zur Einführung der deutschen Sprache
als Amts- und Arbeitssprache im Europarat
wahrzunehmen?

II. 2. Abgeordnete
Frau Geisendörfer Ist der Bundesregierung die Notiz in „Christ
und Welt“ vom 31. März 1961, Nr. 13, „Auf-
lösung des Sozialvereins Rourkela“ bekannt,
ist die Darstellung richtig und sieht die
Bundesregierung eine Möglichkeit, hier
helfend einzugreifen?

II. 3. Abgeordneter
Dr. Mommer Ist es richtig, daß die schwedische Regierung
nunmehr auf Vorbehalte zu den Artikeln 8
und 12 des europäischen Abkommens vom
20. April 1959 über die Rechtshilfe in Straf-
sachen verzichtet?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

III. 1. Abgeordneter
Schmitt-
Vockenhausen Ist es richtig, daß Beamten der Deutschen
Bundesbahn vorgedruckte Erklärungen zur
Unterschrift vorgelegt werden, durch welche
sich die Unterzeichner verpflichten, „private
Reisen durch den sowjetischen Machtbereich
sowie nach und durch Jugoslawien rechtzeitig
beim Dienststellenleiter unter Mitteilung des
Ziels, der Dauer und des Zwecks der Reise
anzuzeigen“?

- III. 2. Abgeordneter
Dr. Imle
- Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß in den Ministerien je nach Liebhaberei des zuständigen Ressortministers für Angehörige des Ministeriums entsprechende Sportanlagen aus Steuergeldern geschaffen werden, wie es nach Zeitungsmeldungen der Herr Bundespostminister mit dem Bau einer Kegelbahn beabsichtigt?
- III. 3. Abgeordneter
Felder
- Billigt der Herr Bundesinnenminister die Haltung der zuständigen Behörden, die bei der Aufbahrung und dem Abtransport der Opfer des Flugzeugunglücks im Landkreis Forchheim dem Verzicht der tschechoslowakischen Delegation auf polizeiliche (hygienische) Vorschriften und auf ein internationales Abkommen entsprochen haben, obwohl dieser Verzicht zu höchst unwürdigen, von der Bevölkerung der Orte Gräfenberg und Erlangen mit lebhaftem Unwillen beobachteten Vorgängen führte und die Bildung einer böswillig-unsachlichen Darstellung des Falles im Ostblock begünstigt?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

- IV. 1. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Wuppertal)
- Welche Schritte sind im Rahmen der Vorbereitung der GmbH-Rechts-Reform in Aussicht genommen, um die im EWG-Vertrag erwartete Annäherung bzw. Angleichung der Gesellschaftsrechte der sechs Mitgliedstaaten zu erreichen?
- IV. 2. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Wuppertal)
- Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit bzw. die Notwendigkeit, die Frage einer Harmonisierung der europäischen Gesellschaftsrechte auf der Ebene des Europarates zu erörtern?
- IV. 3. Abgeordneter
Dr. Schmidt
(Wuppertal)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Aufgabe der gesellschaftsrechtlichen Vereinheitlichung auf dem Wege über die neue Rechtsform einer europäischen AG bzw. europäischen GmbH erfüllt werden könnte?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

- V. 1. Abgeordneter
Faller
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Gemeinde Märkt (Südbaden) über das Landratsamt Lörrach und das Regierungspräsidium Südbaden in Freiburg seit langem Verhandlungen mit dem zum Teil auf ihrer Gemarkung liegenden französischen Kraftwerk führt mit dem Ziel, die ihr zustehende Gewerbesteuer zu erhalten?

- V. 2. Abgeordneter
Metzger Wie steht die Bundesregierung zur Frage der Entschädigung des Ausfalls an Gewerbesteuer, der einer Reihe von Gemeinden dadurch in erheblichem Umfang entstanden ist, daß die ehemaligen Besatzungsbehörden Industriebetriebe beschlagnahmt haben und z.T. bis zum heutigen Tage benützen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

- VI. 1. Abgeordneter
Brück Wie viele Tankstellen gibt es in der Bundesrepublik, und welche jährlichen Mengen an Markenbenzin und verbilligtem Benzin werden umgesetzt?
- VI. 2. Abgeordneter
Meyer
(Wanne-Eickel) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich für zahlreiche Personen, die Sozial- oder Privatrenten aus dem Ausland beziehen, aus der Aufwertung der D-Mark Härten ergeben?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- VII. 1. Abgeordneter
Dröscher Was wird die Bundesregierung tun, um, nachdem ab 25. März 1961 der Verkauf von tbc-infiziertem Fleisch an den Verbraucher durch einschneidende Bestimmungen verhindert wird, auch die Einfuhren — vor allem die mengenmäßig erheblichen aus Frankreich — denselben Vorschriften zu unterwerfen?
- VII. 2. Abgeordneter
Schneider
(Bremerhaven) Welche Stellungnahme bezieht die Bundesregierung zu der Denkschrift des Verbandes der deutschen Hochseefischereien über die Lage der deutschen Hochseefischerei?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

- VIII. 1. Abgeordneter
Baier (Mosbach) Wird bei der Hergabe von Darlehen in Höhe von 100 Millionen DM durch die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Bau von Wohnungen für Fernpendler den Richtlinien für den sozialen Wohnungsbau Rechnung getragen, wonach der Einsatz von Bundesmitteln den Grundsätzen einer neuzeitlichen Raumordnung Rechnung tragen und einer weiteren Zusammenballung in Gebieten mit überdurchschnittlicher Bevölkerungsdichte entgegenwirken soll?
- VIII. 2. Abgeordneter
Meyer
(Wanne-Eickel) Wirkt sich die Erhöhung der Sozialrenten in Österreich so aus, daß die unter das deutsch-österreichische Sozialabkommen fallenden sehr niedrigen Renten, die hier zur Auszahlung kommen, angehoben werden?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung

- IX. 1. Abgeordneter
**Schmitt-
Vockenhausen** Ist es richtig, daß im Standort Ulm an die Soldaten der Bundeswehr im Februar Trockenbrot in Dauerpackung verabreicht wurde, dessen von der Herstellerfirma angegebene Gewährleistungsfrist bereits 1 1/2 Jahre zurücklag, und ist der Bundesregierung bekannt, daß es in Einzelfällen dadurch auch zu Erkrankungen der Soldaten gekommen ist?
- IX. 2. Abgeordneter
Müller-Hermann Kann der Herr Bundesverteidigungsminister die Zusage geben, daß die Toilettenräume in den Kasernen und Dienststellen der Bundeswehr in Zukunft — ähnlich wie bei der Deutschen Bundesbahn — aus Gründen der Hygiene mit automatischen Seifenspendern und Papierhandtüchern ausgestattet werden?
- IX. 3. Abgeordneter
Bay Welche zwingenden Gründe haben dazu geführt, daß gerade der Schwarzwald, eines der größten Erholungsgebiete Deutschlands, zum „Tieffluggebiet“ für Düsenjäger der Bundeswehr erklärt worden ist?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- X. 1. Abgeordneter
Brück Wie viele Tankstellen sind an Bundesautobahnen, und welche jährlichen Mengen von Markenbenzin und verbilligtem Benzin werden hier umgesetzt?
- X. 2. Abgeordneter
Dr. Mommer Hält die Bundesregierung die Tatsache, daß sich der Anteil der „markenfreien“ Tankstellen bereits auf 12 v. H. des Benzinumsatzes beläuft, nicht für ausreichend, „markenfreie“ Tankstellen auch an der Autobahn zuzulassen oder will sie mit ihrem Festhalten an der Mindestbeteiligungsquote von 2,5 v. H. pro Firma eine wettbewerbsfeindliche Konzentrationstendenz auch der „markenfreien“ Unternehmen begünstigen?
- X. 3. Abgeordneter
Dr. Mommer Hat die Bundesregierung je erwogen, die Straßenverkehrsordnung so zu ändern, daß Lastkraftwagen ihre Abgase nur in Dachhöhe austreten lassen dürfen?
- X. 4. Abgeordneter
Eplée Besteht die Absicht, die derzeitige Regelung, wonach auf Grund einer Umsatzklausel der Zugang von Tankstellen-Neulingen an der Autobahn durch vertragliche Bindungen verhindert wird, einer Änderung zu unterziehen?
- X. 5. Abgeordneter
Eplée Ist damit zu rechnen, daß der Autofahrer in absehbarer Zeit die Möglichkeit erhält, verbilligtes Benzin auch an den deutschen Autobahnen zu tanken?

- X. 6. Abgeordneter
Dr. Dollinger Welche Gründe haben den Herrn Bundesverkehrsminister veranlaßt, in § 34 Abs. 4 der neuen großen Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung zu bestimmen, daß bei Lastkraftwagen und Sattelschleppern sowie Anhängern über den Rädern auf den Kotflügeln die jeweils zulässige Achslast und am Vorderteil des Fahrzeugs das zulässige Gesamtgewicht aufgeschrieben sein muß?
- X. 7. Abgeordneter
Ritzel Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, die Bundesbahn, die nicht bundeseigenen Eisenbahnen sowie alle anderen in Frage kommenden Verkehrsunternehmen zu veranlassen, zur Verbesserung der Sichtverhältnisse an schienengleichen Kreuzungen auf öffentlichen Straßen alle Sichtbehinderungen sofort zu beseitigen?
- X. 8. Abgeordneter
Wienand Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesbahndirektion Köln beabsichtigt, die Güterabfertigung an verschiedenen Bahnhöfen der Siegstrecke — so auch in Blankenberg — fortfallen zu lassen?
- X. 9. Abgeordneter
Folger* Auf welcher Rechtsgrundlage wurden die verschiedenen Untersuchungsgruppen tätig, die den Absturz des tschechoslowakischen Verkehrsflugzeuges in Oberrüsselbach untersuchten?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

- XI. 1. Abgeordneter
Schmitt-Vockenhausen Ist es richtig, daß Belgien einen EWG-Posttarif eingeführt hatte, der es ermöglichte, von Belgien aus mit Inlandsporto nach der Bundesrepublik zu schreiben, und das Bundespostministerium an die Ratifizierung eines entsprechenden Gegenseitigkeitsabkommens erinnert hatte und nur eine ausweichende Antwort erhielt, so daß Belgien den Vorzugstarif wieder abgeschafft hat?
- XI. 2. Abgeordnete
Frau Dr. Hubert Haben die Beratungen über die Errichtung einer europäischen Post- und Fernmelde-Union, die von der Beratenden Versammlung des Europarates dem Ministerkomitee wiederholt vorgeschlagen wurden, zu einem Ergebnis geführt, oder wie weit sind solche Verhandlungen inzwischen fortgeschritten?

Bonn, den 14. April 1961

*) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.